

Strafen für integrationsunwillige Eltern: Mikl-Leitner fordert Maßnahmen!

Landeshauptfrau Mikl-Leitner kündigt Strafen für integrationsunwillige Eltern in Niederösterreich an, um Bildungsintegration zu fördern.



Niederösterreich, Österreich - In Niederösterreich wird die Initiative zur Einführung von Strafen für integrationsunwillige Eltern konkret. Heute äußerte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner ihre Unterstützung für die Ankündigung des Bildungsministers Christoph Wiederkehr, der Vorarbeiten für die gesetzliche Umsetzung dieser Strafen initiiert. Dies ist das Ergebnis monatelanger Forderungen seitens der Landespolitik, um ein stärkeres Engagement der Eltern für die Integration ihrer Kinder in das Bildungssystem zu gewährleisten. Im niederösterreichischen Landtag wurde bereits ein entsprechendes Gesetz für die Kindergärten beschlossen.

Mikl-Leitner betont die dringende Notwendigkeit, die

Unterstützung des Bundes für eine Verschärfung der Mitwirkungspflicht in Schulen zu sichern. „Niederösterreich sieht sich als Vorreiter in der Null-Toleranz-Politik gegenüber Integrationsverweigerern“, erklärt sie. Allerdings steht die kritische Haltung gegenüber Vätern, die Pädagoginnen nicht die Hand geben oder ihren Töchtern die Teilnahme am Schwimmunterricht verbieten, im stark im Fokus. Angedachte Strafen werden mit bis zu 2.500 Euro beziffert und sollen schnell umgesetzt werden.

Die Rolle der Bildungsinstitutionen

Die Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister betont, dass es bei dieser Initiative auch um die Wahrung der Rechte der Lehrkräfte und um die Schaffung eines positiven Schulklimas geht. Die Bildungsseite erwartet von den Eltern eine aktive Mitgestaltung des Schullebens, was darauf hinweist, dass die Unterstützung von Schülerinnen, Schülern sowie Pädagoginnen und Pädagogen auf die Agenda gesetzt wurde. In diesem Kontext wurde zudem eine „Mitwirkungspflicht“ der Erziehungsberechtigten in schulischen Belangen im Regierungsprogramm verankert, was von den Elternvereinen positiv aufgenommen wird.

Evelyn Kometter, Vorsitzende der Elternverbände an den Pflichtschulen, hebt hervor, dass die aktive Einbindung der Eltern für das Lernen der Kinder entscheidend ist. Sie sieht in den Punkten des Bildungskapitels im Regierungsprogramm wertvolle Maßnahmen, um die Forderungen der Elternverbände nach mehr Mitgestaltungsrechten zu erfüllen. Dies zeigt, dass die Umsetzung dieser Vorgaben für die Zukunft der Schulen in Österreich von großer Bedeutung ist.

Die aktuellen Maßnahmen und Überlegungen in Niederösterreich stellen einen Schritt in Richtung eines konsistenten und unterstützenden Bildungssystems dar, das die Integration von Kindern in den Mittelpunkt seiner Politik stellt. Das klare Ziel: ein zukunftsorientiertes, wertebasiertes Schulwesen zu fördern und gleichzeitig den Druck auf Eltern zu erhöhen, ihren Teil zur

Integration beizutragen.

Für weitere Informationen lesen Sie die Berichte von **Niederösterreich.gv.at** und **DerStandard.at**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• noe.gv.at• www.derstandard.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at